

Antrag A2-ÄA2: Änderungsantrag zu A2

Änderungsantrag zu A2

Antragsteller*in:	LAG Frieden, Stadtvorstand DIE LINKE. Jena
Status:	in Bearbeitung

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2 - 3

- 1 Im II. Weltkrieg mussten sich die Menschen der Sowjetunion einem übermächtigen Feind,
 2 dem faschistischen Deutschland, stellen, dessen Ziel darin bestand, ~~das Weltjudentum~~
 3 ~~und den Weltbolschewismus auszurotten~~ alle Juden und Jüdinnen in Europa zu vernichten,
politisch Andersdenkende, wie die Sozialdemokraten und Kommunisten zu verfolgen, und die
Menschen in den besetzten Gebieten brutal zu unterdrücken. Ein barbarischer und
 unmenschlicher
 4 Vernichtungskrieg wurde geführt, den die Rote Armee der Sowjetunion gemeinsam mit den
 5 alliierten Streitkräften am 8. Mai 1945 siegreich in Europa beenden konnte. Doch der
 6 Blutzoll, den die Völker der Sowjetunion Russen, Ukrainer, Weißrussen und viele
 7 andere zu tragen hatten, war sehr hoch. Etwa 27 Millionen nur an Toten hatten sie zu
 8 beklagen.

Zeile 9

- 9 ~~Daher~~ Die Befreiung vom deutschen Faschismus offenbarte überall in Europa die grausamen
Zustände des Völker- und Massenmords. Der Holocaust ist ein bis heute singuläres
Verbrechensereignis, dessen Leugnung und Relativierung nicht hingenommen werden darf.
Damals einte sie die Befreiten in den Konzentrationslagern und die Menschheit nur ein Ziel,
 eine Aufgabe - nie wieder Krieg, nie
 10 wieder Faschismus.

Zeile 11 - 13

- 11 ~~Mit dem Epochenbruch 1989/1991 des Beitritts der DDR zum Grundgesetz der~~
 12 ~~Bundesrepublik und des Zerfalls der Sowjetunion~~ Die 40 Jahre deutsch-deutscher Teilung
 haben ~~die USA und andere-~~
 13 ~~kapitalistische Staaten den~~ stets vor Augen geführt, dass aus einem Kalten Krieg
wiederbelebt mit seiner ständigen Bedrohungslage durch Atomwaffen und gegenseitiges
Wettrüsten schnell eine weltweite Eskalation folgen kann. Dass es nicht zu einem III.
Weltkrieg kam, lag in erster Linie an diplomatischen Bemühungen zwischen Ost und West und
wichtigen internationalen Verträgen, wie der KSZE-Schlussakte 1975, in denen
Abrüstungsmechanismen, demokratische Selbstbestimmung und territoriale Integrität von
Staaten geregelt worden waren.

Zeile 14 - 19

14 ~~Die Nato ist, entgegen der Versprechungen der USA und anderer Staaten, weiter nach~~
 15 ~~Osten vorgerückt an die Westgrenze der Russischen Föderation und bedroht den Frieden~~
 16 ~~in Europa. Mit dem Feindbild Russland lässt sich die Osterweiterung mit fast~~
 17 ~~Verdopplung der Mitgliederzahl der Nato begründen. Dennoch, Russland führt derzeit~~
 18 ~~einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine, der täglich Tote und menschliches~~
 19 ~~Leid verursacht.~~

Mit dem Zerfall der Sowjetunion und der Unabhängigkeit osteuropäischer Staaten kam es in Europa erneut zu blutigen Auseinandersetzungen, die zum Teil mit ethnischen Verfolgungen und Nationalismus verbunden waren. Auch in Ostdeutschland kam es nach der Wiedervereinigung zu rechtsextremen Pogromen und in der Folge zu rechtsterroristischen Attentaten, wie den NSU-Morden, in ganz Deutschland. Antifaschismus bedeutet deshalb sich aktiv im eigenen Land und in der Europäischen Union gegen die Abwertung, Diskriminierung und Verfolgung von Minderheiten einzusetzen und ihre Grund- und Menschenrechte zu schützen.

20

Die von NATO-Staaten geführten Angriffs- und Interventionskriege im Irak, Afghanistan und weitere Militäreinsätze haben die Maßstäbe des Völkerrechts verletzt, und keine nachhaltige Friedensordnung geschaffen. Bis heute ist der Internationale Gerichtshof weder von den USA, noch von China oder Russland anerkannt, wodurch eine Verurteilung von Kriegsverbrechen erschwert wird.

Russland führt derzeit einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine, der täglich Tote und menschliches Leid verursacht.

Zeile 20 - 23

20 ~~Diesen Krieg verurteilen wir aufs Schärfste. Mit diesem Krieg rücken~~ Weder der freiwillige
 21 Beitritt von ehemaligen Ländern der Sowjetunion in die ~~von den USA-~~
 22 ~~und Nato geführten Kriege im Irak, in Afghanistan und weitere Militäreinsätze, wie~~
 22 ~~unter anderem der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen Jugoslawien und dessen~~
 23 ~~Zerschlagung in den Hintergrund~~ NATO, noch der Nationalismus in der Ukraine rechtfertigen
 23 den Einmarsch von russischem Militär. Die territoriale Integrität wurde der Ukraine von
 23 Russland nach der Abgabe ihrer Atomwaffen vertraglich zugesichert.

Zeile 28 - 29

25 • Wir, die Mitglieder des Landesverbandes Thüringen, setzen unsere ganze Kraft für
 26 die Stärkung der Friedenskräfte in der Bundesrepublik ein und engagieren uns
 27 gemeinsam mit der internationalen Friedensbewegung für ein Ende des Krieges in
 28 der Ukraine sowie eine Überwindung der ~~Aufrüstungspolitik und der~~
 29 Aufrüstungslogik und der Militarisierung der ~~Gesellschaft~~ internationalen Beziehungen.

Zeile 30 - 32

- 30 • Unsere Solidarität gilt besonders den Menschen in der Ukraine, aber auch allen Menschen,
 31 die von Krieg, Vertreibung und politischer Verfolgung bedroht sind, unabhängig von ihrer
 32 Herkunft und Religion. Das betrifft auch Friedensaktivisten, politisch Verfolgte und
 33 Deserteure in Russland, sowie Kriegsdienstverweigerer.
- Gemeinsam mit allen Kräften des Friedens entwickeln wir Initiativen dafür, dass die Bundesrepublik dem UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beitrifft und fordern die Thüringer Landesregierung dazu auf, im Bundesrat initiativ zu werden. Nur wenn wir den Irrweg der Aufrüstung und des Krieges verlassen, wird es den kommenden Generationen möglich sein, ohne Angst und in Frieden zu leben.

Zeile 33 - 37

- 33 • ~~Wir unterstützen den Aufruf des Bundesausschusses Friedensratschlag und lehnen~~
 34 ~~die 100-Milliarden-Euro für die Bundeswehr ab. Wir sind gegen militärische~~
 35 ~~Aufrüstung und den Missbrauch des Grundgesetzes zur Finanzierung der Bundeswehr.~~
 36 ~~Die finanziellen Mittel sollen für Bildung, Gesundheit, Wohnen und Kultur~~
 37 ~~eingesetzt werden.~~
- Wir unterstützen den Aufruf "Der Apell" und lehnen das 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr und die Erhöhung des Verteidigungsetats auf 70 Milliarden Euro jährlich ab. Diese Hochrüstung hilft den Menschen in der Ukraine nicht. Statt in das besonders klimaschädliche Militär muss das Geld:
 - in die Unterstützung von Flüchtlingen und humanitäre Hilfe,
 - in die Abfederung der Auswirkungen der Sanktionen,
 - eine sozialgerechte Energiewende und den Klimaschutz,
 - in gute Bildung und Gesundheit und
 - in den Wiederaufbau der Ukraine
 - investiert werden.
- 38 • Abrüstungsverhandlungen, konsequente Rüstungskontrolle sowie zivile Mittel der
Konfliktbearbeitung müssen nach diesem Krieg bei der Neugestaltung einer gemeinsamen
europäischen Sicherheits- und Friedensarchitektur die Grundlage sein.